

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Bätzing, Ute Berg, Renate Gradistanac, Angelika Graf (Rosenheim), Kerstin Griese, Christel Humme, Johannes Kahrs, Nicolette Kressl, Ute Kumpf, Christine Lehder, Caren Marks, Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Anton Schaaf, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Rita Streb-Hesse, Andreas Weigel, Jürgen Wieczorek (Böhlen), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Jutta Dümpe-Krüger, Volker Beck (Köln), Ekin Deligöz, Monika Lazar, Irmingard Schewe-Gerigk, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Schwule und lesbische Jugendliche – Mittendrin statt außen vor**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Abbau der Diskriminierung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe unserer Zeit. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben und Schwulen ist deutlich gewachsen. Reformen, wie das 2001 in Kraft getretene Gesetz zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft, haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Maßnahmen der Bundesregierung, die dazu beitragen, Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften einzudämmen. Das Antidiskriminierungsgesetz ist ein weiterer großer und mutiger Schritt, um vorhandene Vorurteile bewusst zu machen und zu verringern.

Trotz dieser deutlichen Verbesserungen der Lebenssituation und der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz für schwule und lesbische Lebensweisen haben viele Menschen ihnen gegenüber weiterhin negative Einstellungen. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Lebenssituation insbesondere von jungen Lesben und Schwulen. Wenngleich dazu eine umfassende Bestandsaufnahme fehlt, so zeugen zahlreiche Studien und Berichte von einer Vielzahl von Benachteiligungen wie auch von subtilen Herabwürdigungen im Alltag.

Für die größte Zahl der gleichgeschlechtlich orientierten Jugendlichen ist daher der Weg vom inneren zum öffentlichen Coming Out mit einer großen psychischen Belastung verbunden. Suizidgedanken und Suizidversuche treten bei Jungen und Mädchen häufiger auf, die sich unsicher über ihre sexuelle Orientierung sind oder die mit ihrem Wissen, homosexuell zu sein, überfordert sind. Sie wissen nicht, an wen sie sich wenden können, wenn sie spüren, „anders“ zu sein. Das Elternhaus ist hier oft ebenso überfordert wie die Schulen oder Jugendeinrichtungen. Oft fehlen AnsprechpartnerInnen, die für diese Problemlagen sensibilisiert sind, um entsprechende Beratung und Hilfe überhaupt anbieten zu können.

Dabei ist es wichtig, dass Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und alle, die mit jungen Menschen arbeiten, eine akzeptierende Einstellung zu lesbischen und schwulen Lebensweisen haben und diese den Kindern und Jugendlichen vermitteln. Nur so kann der Einsamkeit und den damit selbstzerstörerischen Problembewältigungsstrategien entgegengewirkt werden. In den Lehrplänen der Schulen und Universitäten werden gleichgeschlechtliche Lebensweisen bislang kaum berücksichtigt, obwohl eine integrierte und fächerübergreifende Behandlung notwendig ist. Deshalb ist die schwul-lesbische Projektarbeit der Beratungsstellen mit ihren spezialisierten und integrierten Angeboten eine unverzichtbare Maßnahme im Rahmen der Jugendhilfe. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die fachlich und politisch Verantwortlichen müssen über die Lebenssituationen junger Lesben und Schwuler informiert sein. Denn neben den in der Gesellschaft bestehenden Vorurteilen ist die mangelnde Sensibilität für die sexuelle Entwicklung gleichgeschlechtlicher Jugendlicher und das Verschweigen dieses Themas Ursache für die Probleme junger Schwulen und Lesben.

Junge Schwule und Lesben empfinden in der Nachschau ihr äußeres Coming Out sehr oft als positive Erfahrung. Und immer mehr sind selbstbewusst und mutig genug, den Schritt des Coming Out auch gegen Widerstände zu gehen. Um Vorurteile zu überwinden, muss die gesellschaftliche Präsenz von Homosexuellen selbstverständlich werden. Dies gilt auch für das öffentliche ehrenamtliche Engagement junger Schwuler und Lesben, die anderen Jugendlichen in deren sexuellen Orientierungsphase die benötigte Hilfe und Unterstützung anbieten.

Wo Vorbilder sichtbar sind, treten Vorurteile zurück. Lesben und Schwule dürfen nicht länger als „Randgruppen“ angesehen werden, sondern haben ganz selbstverständlich ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft. Denn jeder junge Mensch hat ein Recht auf individuelle Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Dazu gehört die Beteiligung von schwulen und lesbischen Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen. Ihre Problemnähe und Sensibilität sind unverzichtbar für eine nachhaltige Lösung dieser gesellschaftlichen Aufgabe.

Die von der Bundesregierung im Kinder- und Jugendplan geförderte Initiative „Projekt P – Misch dich ein“ wurde vom Jugendnetzwerk Lambda e. V., dem schwul-lesbischen Jugendverband auf Bundesebene, dazu genutzt, um auf der geforderten gleichen Augenhöhe mit PolitikerInnen zu verhandeln. Dazu hatte Lambda e. V. im letzten Jahr zu einer Jugendkonferenz Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen eingeladen. Die Ergebnisse dieser Konferenz mündeten in einen Vertrag, der von den beteiligten Abgeordneten der Fraktionen von SPD sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lambda e. V. unterzeichnet wurde. Mit diesem wechselseitigen Vertrag, der den Titel trägt: „Schwule und lesbische Jugendliche sind uns etwas wert“, verpflichtet sich einerseits die Jugendkonferenz zum ehrenamtlichen Engagement schwuler und lesbischer Jugendliche und zum konstruktiven Miteinander bei politischen Entscheidungen, die Abgeordneten andererseits verpflichten sich, den Vertragsinhalt in geeigneter Form zu vertreten und zu verbreiten.

Der Deutsche Bundestag

- befürwortet und begrüßt die Initiative „Projekt P – Misch dich ein“, als eine praktische Umsetzung der Bundesregierung des europäischen Weißbuchprozesses „Neuer Schwung für die Jugend Europas“, einen aktiven Beitrag gegen Politikverdrossenheit und für die Stärkung politischen Engagements junger Menschen. Projekt P nimmt die Partizipation junger Menschen ernst und gibt Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Forderungen direkt in den Deutschen Bundestag zu tragen;

- erkennt den gesellschaftspolitischen Wert des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher und der schwul-lesbischen Jugendarbeit an. Diese stellt einen wichtigen Beitrag zur Erleichterung des Coming Outs Jugendlicher dar. Jugendarbeit für und mit lesbischen und schwulen Jugendlichen findet fast ausschließlich ehrenamtlich statt. Diese wird oft durch die eigene Erfahrung gefördert, selbst im Coming Out-Prozess durch andere unterstützt worden zu sein;
- wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung schwuler und lesbischer Jugendlicher ebenso wie gegen die Diskriminierung von Verbänden bei deren Arbeit vor Ort. Er fördert damit die Entwicklung unserer pluralistischen Gesellschaft zu einer Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder und jede, unabhängig von seiner und ihrer sexuellen Identität, als wertvolles Mitglied geschätzt wird;
- setzt sich aktiv dafür ein, dazu beizutragen, die Lebensbedingungen schwuler und lesbischer Jugendlicher zu verbessern – beispielsweise durch Aufklärungsarbeit, Akzeptanzförderung und Anti-Gewalt-Arbeit an Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine Bestandsaufnahme zur Lebenssituation schwuler und lesbischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen;
- darauf hinzuwirken, dass lesbische und schwule Jugendliche noch wirksamer vor Diskriminierung geschützt werden;
- bei den Bundesländern darauf hinzuwirken, dass Themen wie „Sexuelle Orientierung“ in den Lehrplänen verankert werden, in die Rahmenrichtlinien für die Ausbildung aller pädagogischen sowie sozialarbeiterischen Berufe einbezogen werden und, sofern dies bereits geschehen ist, sich für die aktive Umsetzung einzusetzen;
- den gesellschaftlichen Wert schwul-lesbischer Jugendarbeit anzuerkennen, die positiven Ergebnisse der Kampagne „Projekt P – Misch dich ein“ aufzugreifen und an der Partizipation von Jugendlichen aktiv weiter zu arbeiten.

Berlin, den 15. Juni 2005

**Franz Müntefering und Fraktion**

**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**

